

An die Vorsitzende des Ausschusses für
Soziales, Inklusion und Demographie
Frau Dr. Maria Böhme
Rathausstraße 2
53332 Bornheim

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Stadtratsfraktion Bornheim

Maria-Charlotte Koch
Fraktionsvorsitzende
Markus Hochgartz
Fraktionsvorsitzender

Fraktionsgeschäftsstelle
Servatiusweg 19-23,
53332 Bornheim
Tel.: +49 (22 22) 94 55 40
gruene@rat.stadt-bornheim.de
www.gruene-bornheim.de

Bornheim, 12.02.2024

Kopie: nachrichtlich Herr Bürgermeister Christoph Becker

Sehr geehrte Frau Dr. Böhme,
wir bitten Sie, folgenden Antrag auf die Tagesordnung der Sitzung des Ausschusses für
Soziales, Inklusion und Demographie am 12.03.2024 zu nehmen.

Beschlussentwurf

Der Ausschuss beauftragt die Verwaltung für alle einzurichtenden Unterkünfte für
Geflüchtete in Bornheim einen grundlegenden verbindlichen Kommunikationsfahrplan zu
entwickeln.

Dieser grundlegende Fahrplan definiert, wann und wie Informationen an wen gegeben
werden und wie und wann die direkte Kommunikation mit den verschiedenen
Interessensgruppen erfolgt. Darüber hinaus sollen Regeln zum Umgang mit der Information
festgelegt werden.

Dieser exemplarische Fahrplan wird auf alle Unterkunftsfälle konkret angewendet und legt
dar, in welchen zeitlichen Schritten im Verlauf des Entscheidungsprozesses

1. die Ortsvorsteher:innen in den betroffenen Ortschaften,
2. die Spitzen der Fraktionen im Rat der Stadt Bornheim,
3. der SIDA als zuständiger Ausschuss (Sitzung),
4. die Anwohner:innen und die Bürgerschaft des betroffenen Ortes

informiert und in die Entscheidungsprozesse gemäß den gegebenen Verpflichtungen bzw.
Möglichkeiten eingebunden werden.

Sachverhalt:

Die Unterbringung von geflüchteten Menschen gemäß Verwaltungsauftrag in kurzer Frist
fordert von Verwaltung, Politik und Anwohner:innen ein hohes Maß an Flexibilität und

Offenheit. Die Stadt Bornheim bemüht sich darum die verbundenen Belastungen gleichmäßig und angemessen auf die Ortschaften zu verteilen.

Wenn Willkommenskultur im Sinne der Bornheimer Erklärung gelingen soll, die ehrenamtliche Unterstützung vor Ort leistbar und das Vertrauen in die Institutionen des Gemeinwesens erhalten bleiben sollen, sind dafür eine zeitlich verlässliche Planung und Bereitstellung der Information sowie eine bürgernahe Kommunikation Grundvoraussetzungen.

Mit freundlichen Grüßen

Maria Koch, Dr. Traude Castor-Cursiefen und Fraktion Bündnis 90 / DIE GRÜNEN